

Pinneberg

Nachrichten Sport

BÖNNINGSTEDT

09.05.18

Bauantrag verschwunden – Funkmast soll weg

Burkhard Fuchs



Aysa Kesler (l.) mit Baby auf dem Arm,

Foto: Burkhard Fuchs

Große Aufregung über eine erteilte Baugenehmigung, die die Gemeinde Bönningstedt und Anwohner jetzt völlig überrascht hat.

Bönningstedt/Hamburg. Böse Absicht oder nur Behörden-Schlamperei? In Bönningstedt ist die Aufregung über eine Baugenehmigung für einen 42 Meter hohen Mobilfunkmast groß, der Ende 2017 im Bönningstedter Weg an der

Landesgrenze zu Hamburg errichtet wurde, ohne dass die Anwohner vorher davon erfuhren.

Denn der Bauantrag vom August 2016 soll auf dem Postweg zwischen der Kreisverwaltung Pinneberg und der Stadtverwaltung Quickborn, die Bönningstedt seit 2013 verwaltet, verschwunden sein. Darum hat sich der Bauausschuss der Gemeinde nicht damit befasst – und das gemeindliche Einvernehmen wurde somit automatisch erteilt.

Damit wollen sich die direkten Anwohner in Schnelsen nicht abfinden. Sie fordern eine rückhaltlose Aufklärung dieser Behördenposse und haben Dienstaufsichtsbeschwerde eingelegt, wie ihr Sprecher Heinrich Flügge sagt. Zudem haben sie jetzt Widerspruch gegen die Baugenehmigung eingereicht, wie Kreissprecher Oliver Carstens bestätigt.

"Wir wollen, dass der Funkmast wieder abgebaut wird", sagt Ralph Kesler, der keine 20 Meter von dem Funkmast entfernt wohnt. Seine Frau Aysa sagt mit dem drei Monate alten Säugling Balin auf dem Arm: "Das ist alles ganz furchtbar. Hier können wir mit dem Kind doch gar nicht mehr wohnen. Was tut man dem Jungen an!" Sie und ihr Mann fürchten sich vor den elektromagnetischen Strahlen des Funkmastes, die insbesondere bei Kindern als gesundheitsgefährdend gelten.

Verwaltungen schieben sich den Schwarzen Peter zu

Notfalls würden die Anwohner klagen, kündigen sie an. Sie wollen unbedingt verhindern, dass der Antennenmast der Deutschen Telekom wie geplant im Herbst 2018 in Betrieb geht.

Die Verwaltungen schieben sich den Schwarzen Peter gegenseitig zu. Der Bauantrag der Telekom sei Ende August 2016 an die Stadtverwaltung Quickborn geschickt worden. "Dies ist bei uns auch so dokumentiert und lückenlos nachvollziehbar", betont Kreissprecher Carstens. Jeder Sachbearbeiter notiere den Postausgang mit Adressat und Datum auf der Durchschrift oder Kopie des Schreibens.

Doch in Quickborn sei es "nie angekommen", versichert Michael Görres, dort zuständig für die Bönningstedter Belange. Auch wenn er so etwas in seiner langen Beamtenlaufbahn noch nicht erlebte, der Bauantrag sei in Quickborn erst viel später aufgetaucht. Erst im Frühjahr 2017 habe sich eine Mitarbeiterin des Kreisbauamtes erkundigt, warum denn nicht über das gemeindliche Einvernehmen entschieden worden sei.

Doch da sei es längst zu spät gewesen, erklären Görres und Carstens. Denn nach zwei Monaten ende die Einspruchsfrist und der Bauantrag werde so bewertet, als ob die Gemeinde dem Projekt "fiktiv" zugestimmt habe – auch wenn die politischen Gremien darüber nie beraten haben. Das Malheur sei zwar ärgerlich, sagt Görres. Aber es ändere nichts an dem Rechtsanspruch des Investors, was Kreissprecher Carstens bestätigt.

Gesetzeskonform

Der neue 42 Meter hohe Mobilfunkmast in Bönningstedt solle im Herbst 2018 in Betrieb gehen, teilt Telekomsprecherin Stefanie Halle mit. Er werde über einen Radius von 750 Metern die Mobilfunkkunden in Bönningstedt, Schnelsen und Niendorf versorgen. Die Abstandsflächen zu den Nachbargrundstücken entsprächen den gesetzlichen Vorgaben der Landesbauordnung, betont die Telekomsprecherin. „Wir haben eine gültige baurechtliche Genehmigung.“



1 von 2

Denn da sich die landwirtschaftlich genutzte Fläche, auf der der Funkmast errichtet wurde, im Außenbereich befinde, sei das Bauvorhaben als privilegiert einzustufen und eine Baugenehmigung sei nicht zu versagen – ganz egal, ob die Gemeinde Bönningstedt nun beraten, dem Funkmastbau zugestimmt oder ihn abgelehnt hätte. "Rein planungsrechtlich hatten wir ohnehin keine Handhabe gegen den Bau des Funkmastes in Bönningstedt", betont Görres, erleichtert, dass das Versäumnis, den Bauantrag nicht vorher von der Gemeinde Bönningstedt behandelt zu haben, keine Auswirkungen auf die Rechtslage gehabt habe.

Das wird in Bönningstedt etwas anders gesehen. Dort wurde passend zum seit Jahren politisch vergifteten Klima jüngst auf der Bauausschusssitzung, zu der die Anwohner aus Schnelsen eingeladen waren, Bürgermeister Peter Liske unterstellt, er habe das Thema absichtlich unter den Tisch fallen lassen.

Doch Liske versichert, erst im Mai 2017 von einer neuen Sachbearbeiterin in Quickborn von dem Bauantrag erfahren zu haben, als die Genehmigung durch den Fristablauf Ende Oktober 2016 schon rechtsgültig war. "Warum hätte ich das auch tun sollen. Der Bauantrag hätte von uns ohnehin nicht verhindert werden können." Im Übrigen wäre auch der Bauausschussvorsitzende, ein CDU-Politiker, von der Quickborner Verwaltung darüber informiert worden, der davon aber auch keine Kenntnis gehabt habe.

Für die betroffenen Anwohner ist das alles nicht nachzuvollziehen. Einige mutmaßen sogar, dies könnte die Retourkutsche der Gemeinde Bönningstedt dafür sein, dass Schnelsen in der Feldmark zu Bönningstedt zahlreiche Wohnungen errichten will, was bereits seit 20 Jahren ein großer Streitpunkt zwischen der Gemeinde mit dem Nachbarstadtteil Hamburgs ist. "Das ist doch völliger Quatsch", wundert sich Bürgermeister Liske über diese "Verschwörungstheorie".

Dass die Rechtslage so eindeutig sei, wie die Verwaltungen behaupten, glauben die Anlieger nicht und wollen das auch notfalls juristisch ausfechten. Für Birgit Flügge müsse dabei untersucht werden, warum beim Bau des Funkmastes der Schutz der Vögel wichtiger zu sein scheine als der der Menschen, die nur 17 Meter entfernt lebten. "Der Mast hätte doch ohne weiteres auf dem Acker einige Hundert Meter entfernt Richtung Wald oder Autobahn errichtet werden können."

© Hamburger Abendblatt 2018 – Alle Rechte vorbehalten.



Wem gehört Hamburg? Jetzt mitmachen!

Mit Ihrer Hilfe machen das Abendblatt und das Recherchezentrum Correctiv den Hamburger Wohnungsmarkt transparenter. So geht's [mehr](#)

LINKS ZUM ARTIKEL

[Posse um Hochzeit in Quickborner Kirche](#)

[Pinnebergs Post-Posse vorm Weihnachtsfest](#)

[Die Lärmschutz-Posse hat ein Nachspiel](#)

Gesetzeskonform

Der neue 42 Meter hohe Mobilfunkmast in Bönningstedt solle im Herbst 2018 in Betrieb gehen, teilt Telekomsprecherin Stefanie Halle mit. Er werde über einen Radius von 750 Metern die Mobilfunkkunden in Bönningstedt, Schnelsen und Niendorf versorgen. Die Abstandsflächen zu den Nachbargrundstücken entsprächen den gesetzlichen Vorgaben der Landesbauordnung, betont die Telekomsprecherin. "Wir haben eine gültige baurechtliche Genehmigung."

Ein alternativer Standort wäre aus Gründen des Naturschutzes und der nötigen

Abdeckung und Zuwegung der Stromversorgung nicht möglich gewesen. "Mobilfunk ist eine sehr sichere Technologie", betont Stefanie Halle. Die elektromagnetische Strahlung hielte die gesetzlichen Vorgaben ein, die insbesondere auch ältere Menschen und Kinder schützen solle.

(bf)



Austausch Bürgerschaftsabgeordneter Carsten Ovens (CDU, 4.v.l.), die Bönningstedter Politiker Resy de Ruijscher (Grüne, 3.v.l.) und Rolf Lammert (CDU, 3.v.r.) im Gespräch mit Anwohnern und mit Vertretern der Bürgerinitiative und der Allianz Schnelsen Nord

Foto: ngo

Politiker fordern neuen Standort

Der Ärger um den Schnelsener Funkturm erreicht das Hamburger Rathaus

CDU-Bürgerschaftsabgeordneter Carsten Ovens fordert nach einer Senatsanfrage zum umstrittenen Funkturm an der Landesgrenze von Verwaltung und Politik in Hamburg und Schleswig-Holstein ein gemeinsames Handeln.

Nach Jahren der „Funkstille“ gab es Ende April einen „Mini-Gipfel“ zwischen Politikern aus Hamburg und Bönningstedt. Anlass war der Funkturm, den die Telekom Ende 2017 im Bönningstedter Weg direkt an der Landesgrenze zu Hamburg errichtet hat, ohne die betroffenen Schnelsener vorab zu informieren. Auch das Bezirksamt Eimsbüttel und die Kommunalpolitiker hatten keine Kenntnis (das Wochenblatt berichtete).

Die Anwohner, die nur wenige Meter vom Funkturm entfernt leben, haben deshalb mit Unterstützung der Allianz Schnelsen Nord (ASN) die Bürgerinitiative (BI) Funkturm Landesgrenze Schnelsen gegründet und fordern einen neuen Standort. Unterstützt werden BI und ASN vom CDU-Bürgerschaftsabgeordneten Carsten Ovens, der im April eine Kleine Senatsanfrage gestellt hat. Er wollte klären, ob sich Hamburg und die Nachbargemeinden über Bauprojekte im Bereich ihrer Landesgrenzen austauschen. „Es finden unabhängig von konkreten Bauvorhaben Abstimmungen (...) statt,“ so die knappe Senatsantwort. „Dazu gehörte aber offensichtlich nicht der Funkturm,“ sagt Anwohner und ASN-Sprecher Heinrich Flüge.

„Es ist nicht akzeptabel, wie hier von den Verantwortlichen in Hamburg und Schleswig-Holstein mit dem Thema um-

gegangen wird. Der Bürgermeister von Bönningstedt ist in der politischen Verantwortung, eine Lösung im Interesse der betroffenen Anwohner zu finden – konkret ein neuer Standort für den Funkturm,“ fordert Ovens, der den Wahlkreis Niendorf, Lokstedt und Schnelsen vertritt.

Nach der Senatsanfrage hat Ovens Politiker aus Bönningstedt und die betroffenen Anwohner zu einem Gespräch am Funkturm eingeladen. Rolf Lammert (CDU) und Resy de Ruijscher (Grüne) aus Bönningstedt, die ebenfalls einen anderen Standort fordern, sind der Einladung gefolgt. Die Fraktionsvorsitzenden der Bönningstedter Wählergemeinschaft (BWG) und SPD haben laut Ovens aus beruflichen Gründen abgesehen.

Lammert und de Ruijscher sind verärgert, dass auch ihre Fraktionen nicht im Vorwege informiert wurden. „Der Funkturm stand weder im Bönningstedter Bauausschuss noch in der Gemeindeversammlung auf der Tagesordnung,“ sagt Lammert.

Zudem gab es auch keinen Austausch zwischen

der Pinneberger Baubehörde und dem Bezirksamt Eimsbüttel. Das wundert ASN-Sprecher Flüge, weil es seit 2008 für die Metropolregion Hamburg das „Stadt-Umland-Forum Nordwest“ gibt, zu dem auch der Kreis Pinneberg und der Bezirk Eimsbüttel gehören.

„Dieses Forum trifft sich regelmäßig, um über aktuelle Themen wie etwa die S21 und andere Bauvorhaben zu sprechen. Warum hat hier der Kreis Pinneberg nicht Hamburg informiert?“, fragt sich Flüge.

Der CDU-Politiker Ovens versprach den Anwohnern beim dem Treffen am Funkturm, eine Lösung auf Bürgerrechtsebene zu finden: „Zunächst suchen wir das Gespräch. Sollte dieses ergebnislos verlaufen, können wir derzeit aus der Opposition heraus nur an den Senat und den Eimsbütteler Bezirksamtsleiter appellieren, mit dem zuständigen Bürgermeister in Bönningstedt eine Lösung zu finden.“ ngo



Großes Interesse am Thema Grundeinkommen

Sehr gut besuchte Veranstaltung der SPD im Schnelsener Christophorushaus

Der Diskussionsabend „Bedingungsloses Grundeinkommen für alle?“ der SPD Schnelsen Anfang Mai war gut besucht.

Rund 130 Bürger waren ins Christophorushaus in Schnelsen gekommen, um die Diskussion zwischen Prof. Thomas Straubhaar von der Universität Hamburg und Wolfgang Rose, Gewerkschafter und SPD-Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, zu verfolgen. Der renommierte

Ökonom Straubhaar sprach sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen aus. Jeder Bürger solle nach seinem Modell 1000 Euro pro Monat erhalten. Diese Zahlung könne das derzeitige Sozialsystem ersetzen. Laut Straubhaar wäre dies nicht nur gerecht, sondern mit Blick auf Globalisierung und Digitalisierung auch zwingend notwendig.

Der SPD-Politiker Rose kritisierte diesen Vorschlag als unsolidarisch, da er voraussetze, dass

die Bürger, die trotz Grundeinkommen arbeiten, diejenigen finanzieren, die sich von der Arbeit zurückziehen würden. Zudem sei das Modell nicht finanzierbar, wenn es auch künftig keine rein privat finanzierten Kranken- und Pflegeversicherungen geben soll.

Modoriert wurde die kontroverse Debatte von Klara Morfeld und Torge Urbanski, Jusos aus Niendorf, Lokstedt und Schnelsen. ngo



Debatte SPD-Politiker Wolfgang Rose, Klara Morfeld, Torge Urbanski und Prof. Thomas Straubhaar (v.l.nr.) diskutierten vor gut 130 Bürgern über das Thema „bedingungsloses Grundeinkommen“

Foto: SPD Schnelsen

LESERBRIEFE

Mini-Kreisel abgelehnt

NW vom 25.4.

Alles, was bis dato von verkehrspolitischer Seite zu einer Befriedung des Autoverkehrs im Grandweg unternommen wurde und als Zukunft geplant wird, scheint mir eine Art Schildbürgerstreich zu sein. Die Parkbuchten behindern den Verkehr während der Rush-Hour-Zeiten mehr in beide Richtungen geht. Keiner kommt am anderen vorbei. Stillstand! War das jenes Konzept, das sich die Traffic-Strategen vorstellten? Hätte man nicht am grünen Tisch schon erkennen können, dass die Haltebuchten rechts und links zu dicht beieinanderliegen? Hupkonzerte sind als Folge der künstlich herbeigeführten Immobilität alltäglich. Zum Erstaunen fast aller Anwohner befand ein Experte seinerzeit, dass das Gros der am Grandweg und in der Nähe lebenden Bür-

ger mit der Neugestaltung zufrieden sei. Ach, wirklich? Jeder weiß um die Lücken bei demoskopischen Umfragen. Aber eine derartige Aussage trifft nicht einmal den Rand der Wahrheit. Jener, der damals die Bürger befragte, muss offensichtlich an Gedächtnisschwund gelitten haben.

Nun wird als neuer Schachzug ein Mini-Kreisel an der Kreuzung Stresemannallee/Grandweg in die Diskussion gebracht. Wieder ein sogenannter entpöbelisierender Vorschlag, der – wenn überhaupt – mit dem Verkehr im Grandweg nichts zu tun hat. Außer dem Abholzen einiger Bäume (an anderer Stelle spricht man ja von einer zusätzlichen Begrünung der Straße). Schilda?

Warum wird nicht einmal der Gedanke einer Einbahnstraße erwogen, so, wie in den meisten großen Städten in der Welt? Die damit zwar nicht den Massentransportverkehr minimieren, aber ihn doch in einer schmalen Straße

(wie dem Grandweg) zumindest überschaubarer machen? Parkbuchten stören nicht, selbst ein separater Fahrradweg wäre möglich, Bäume müssten nicht gefällt werden. Kindern wird das Überqueren der Straße leichtgemacht, da der Verkehr nur aus einer Richtung kommt. Ob stadtaus- oder –einwärts müsste in Diskussionen geklärt werden. Der Grandweg als Ausweichstrecke für den Lokstedter Steindamm wäre die Hälfte der Autos los. Es ist vorstellbar, dass die meisten Anwohner dafür gern einen kleinen Umweg in Kauf nehmen.

Jo Brauner, per E-Mail

Leserbriefe bitte an:
• Niendorfer Wochenblatt
Tibarg 30, 22459 Hamburg
• Per E-Mail leserbriefe@nie-wo.de

Die Zuschriften geben die Meinung der Einsender wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.

Hier lacht der Sommer

Jetzt bei uns – ein Blütenmeer in allen Farben

Alles für Beet und Balkon

Sommer-Stauden

Kübelpflanzen

■ Bunte Sommergeschenke ■ Erde, Dünger & Gefäße

Pflanze des Jahres im Norden:
Kusinchen - Trio in drei Farben

Dran denken: Am 13. Mai ist Muttertag

Sonderöffnungszeiten im Mai:
Sonntags: 10.00–13.00 Uhr
Muttertag, 13. Mai 8.00–13.00 Uhr

Öffnungszeiten:
Mo – Fr: 08.00–18.30 Uhr
Samstag: 09.00–16.00 Uhr
Sonntag: 10.00–12.00 Uhr

Immer wieder neu...

Blumenhof Pein

Dockenhubener Chaussee 96 · 25469 Halstenbek · Tel. 04101-41188 · www.blumenhof-pein.de